

Entschließungsantrag
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen
– Drucks. 20/788 –

Rede Rolf Kahnt am 18. Juni 2019:

https://www.youtube.com/watch?v=1S7_16wpfbc&t=1221s

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Der vorgelegte Entschließungsantrag bedient sich in seiner Überschrift: „Die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen“ einer positiv konnotierten rhetorischen Figur, eines Euphemismus. Tatsächlich gemeint ist indessen: Es gibt immer mehr Brennpunktschulen mit immer mehr erdrückenden Problemen, deren spezifische Ursachen nicht allein im schulischen Bereich zu suchen sind. Was an den Schulen ankommt, ist Ausdruck gesellschaftlicher Entwicklungen der letzten Jahrzehnte.

Das sind Entwicklungen, die, wie wir alle wissen, nicht immer zum Besten geführt haben. Immerhin erkennt die Landesregierung an, dass sich die Anforderungen an den Lehrerberuf in den vergangenen Jahren verändert haben. Allerdings ist den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der große Wurf mit ihrem Entschließungsantrag nicht gelungen.

Manches ist bereits an unseren Schulen umgesetzt, wie etwa die Maßnahme der UBUS-Kräfte an den Grundschulen. Auch nicht gerade neu ist der Hinweis auf die Notwendigkeit multiprofessioneller Teams, der aber in seiner Konsequenz unterrichtliche Voraussetzungen außen vorlässt. Denn ein Co-Teaching erfordert entsprechende Konzepte und Ressourcen. Diese Konzepte fehlen in diesem Antrag.

Dagegen sind in diesem Antrag eher Allgemeinplätze zu sehen. Ihm fehlt die Substanz. Dies gilt ebenso für die fehlende Benennung konkreter Ursachen, wie sich bei manch vorhandener Fehlentwicklung geradezu Lösungen aufdrängen.

Meine Damen und Herren, die Antragsteller unterliegen dem Trugschluss, es sei bereits mit der Behebung von Symptomen getan. Wer Ursachenforschung betreibt, erkennt allein vor dem sozialen Hintergrund gravierende Probleme an unseren Schulen. In vielen Fällen sind diese bereits vor der Einschulung von Schülerinnen und Schülern zu erkennen, nämlich in ihrem familiären und soziokulturellen Umfeld, und ihre Auswirkungen werden in der Schulzeit oft noch verstärkt.

Öffnen wir daher unsere Augen für eine seit Jahren deutlich erkennbare Brüchigkeit von Lebensentwürfen, von Familie und Ehe, von kulturellen Werten überhaupt, an denen bedauerlicherweise so manche politische Stricknadel weniger segensreich wirkte und wirkt.

700 Sozialpädagogen sollen nun richten, was in den Jahren zuvor in der Bildungspolitik und auch in der Familienpolitik fehlgelaufen ist. Obwohl nach Art. 6 Grundgesetz die Erziehung der Kinder „das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ ist, macht eine verhängnisvolle, seit Jahrzehnten andauernde Entwicklung in Familie und Schule eines deutlich: Der ursprüngliche Erziehungsauftrag

wird vermehrt an Kindergärten und Schulen übertragen. Damit ist man in der Tat überfordert.

Meine Damen und Herren, mehr Sozialpädagogen sollen nun die auffälligen Verhaltensweisen unserer Kids beheben. Wieso verliert der Antrag kein Wort darüber, mit welchem Konzept man das angehen will? Überdies, welche Schulen sind mit der etwas irreführenden Überschrift „beste Schulen“ eigentlich gemeint? Gehören die hessischen Schulen überhaupt zu dieser Kategorie? Ein nüchterner Blick über unseren Tellerrand etwa nach Bremen, Hamburg oder Berlin zeigt uns, wohin eine Bildungspolitik für Schulen führen kann.

Mich stört ein wenig, dass sich unsere Schulen eines Tages zu reinen Betreuungsschulen entwickeln könnten.

Wir stellen fest: Die Probleme in Bildung und Erziehung sind überall gleich groß, und zwar an allen Schulformen, leider auch in Hessen. Wird nun alles besser mit neu einzustellenden Sozialpädagogen? Nein, nur so viel: Hoffentlich sind wenigstens diese in ihrer psychosozial orientierten Therapiearbeit entsprechend erfolgreich, um die vorhandenen Probleme zumindest zu schmälern. Damit wäre schon etwas gewonnen.

Auf Punkt 1 des Antrags möchte ich noch besonders eingehen. Wir empfehlen der Landesregierung, sich für eine viel breitere und wirkungsvollere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzusetzen, insbesondere für Frauen. Zusätzlich sollten Voraussetzungen geschaffen werden, dass Mütter nicht wenige Wochen nach der Geburt ihrer Kinder in ihren Beruf zurückstreben müssen.

Nur die wenigsten Familien kommen noch mit einem Erwerbseinkommen aus. Diese unhaltbaren Verhältnisse zwingen dazu, dass Kinder bereits sehr früh, im frühesten Alter, in die Obhut des Staates gegeben werden. Eine staatliche Verwahrung wiederum führt zu hohen Kosten für alle. Dabei wird in Kauf genommen, dass familiäre Bindungen, familiäre Geborgenheit oder die Vermittlung von Werten – im wahrsten Sinne des Wortes – stiefmütterlich behandelt werden.

Nur nebenbei: Auch die kontinuierlich zunehmende Verrohung mancher Jugendlicher hat in fehlender familiärer Fürsorge eine ihrer Ursachen. Hinzu kommen massive Probleme vieler Kinder aus benachteiligten und bildungsfernen Familien. Selbst bei deren Eltern hat offenbar unser Bildungssystem versagt. Es darf und muss deshalb zusätzlich ausgesprochen werden dürfen, dass selbst ein hoher Migrantenanteil, wie er bereits jetzt an den Grundschulen feststellbar ist, die Probleme nicht mindert, sondern um ein Vielfaches verschärft.

Bildungsferne sowie ein anderer kultureller Hintergrund werden mit unserer westlichen Lebenswelt konfrontiert. Viel zu oft wird dabei eine geglückte Integration behindert. Zu vorhandenen Problemen gesellt sich mancherorts eine um jeden Preis betriebene Inklusion mit all ihren beklagenswerten negativen Begleiterscheinungen. Deshalb ist festzustellen: Eine überfordernde und derzeit übereilte Inklusion an Regelschulen führt zu zusätzlichen Problemen, allein weil die sächlichen und die personellen Voraussetzungen dafür noch nicht gegeben sind.

Auf Punkt 2 des Antrags einzugehen, kann hier unterbleiben. Nach meinem Dafürhalten passt er nicht hierher. Diese Stellschraube kann an anderer Stelle gedreht werden.

Unter Punkt 3 heißt es, dass sich das Land zur Stärkung multiprofessioneller Teams mit insgesamt 700 Sozialpädagogen beteiligt. Noch einmal: Es ist nicht ausreichend, wenn man reichlich vollmundig von multiprofessionellen Teams spricht, ohne ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Was heißt übrigens „beteiligen“? Will man diese 700 Sozialpädagogen nun einstellen oder nicht? Reichen die denn überhaupt für alle unsere Schulen?

Noch ein Wort zu den Schulpsychologen: Sie können allenfalls flexibel eingesetzt werden, jedoch ganz bestimmt nicht an einer bestimmten Schule.

Zum Antrag der Fraktionen ist grundsätzlich anzumerken, dass der Schwerpunkt einer jeden Schule auf dem Bildungsauftrag liegen muss und soll – nicht auf einem überbordenden Erziehungsauftrag. Wohlfühlpädagogik gibt es schon genug. Die Vermittlung gründlichen Wissens und tiefer Kenntnisse führt dagegen viel zu oft ein Schattendasein an unseren Schulen.

Alarmierende Schülerergebnisse, etwa in Deutsch oder Mathematik, sprechen für sich. Dabei müssen unsere Schulen Orte des Lehrens und Lernens sein. Eine wie auch immer ausgeprägte psychosoziale Betreuung gehört in andere Hände. Die Vermeidung vorhandener Probleme, insbesondere an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie inklusiven Gesamtschulen, ist wirkungsvoller zu erzielen, wenn stattdessen mehr qualifizierte Lehrkräfte eingestellt werden, und zwar mit beiden Staatsexamina, also keine Quereinsteiger, auch keine Nichtqualifizierten. Damit könnte man beispielsweise wirklich qualifizierten Unterricht, und zwar in all den benötigten Fächern wie beispielsweise Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften, erteilen. Das kann nur mit qualifizierten Lehrkräften passieren.

Und zu guter Letzt: Die Klassenfrequenzen müssen entsprechend in allen Schulformen gesenkt werden. Hier sind unsere Steuergelder übrigens besser angelegt, wenn dort für Lehrernachwuchs gesorgt wird.

Ich komme zum Schluss. – Mit ihrem Entschließungsantrag bringen die beiden Fraktionen ihre politischen Auffassungen zum Ausdruck. Rechtsverbindlichen Charakter haben sie nicht. Der Antrag entbehrt jedenfalls nicht einer gewissen Komik: Normalerweise fordern Entschließungsanträge Regierungen dazu auf, bestimmte Verhaltensweisen zu zeigen, aber offensichtlich scheint der Landesregierung das stark belichtete Eigenlob noch nicht zu reichen. Sie versucht, kurz vor der Sommerpause in diesem Hohen Hause noch ein paar Claqueure mehr zu finden.

Vielen Dank.